

Von 1933 bis heute

Das Dritte Reich

Wie für viele andere bürgerliche Vereine bedeutete die Zeit des Dritten Reiches kein Ruhmesblatt für den Kommunal-Verein. Schon bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gab es eine eindeutige Bereitschaft von Vorstand und Mitgliedern, sich der „nationalen Revolution“ anzuschließen: beide Gremien begrüßten bereits in ihren ersten Sitzungen nach dem 30. Januar am 10. bzw. 28. April 1933 den „Umschwung“, gaben eine Loyalitätserklärung für den neuen Hamburger Senat ab und beschlossen „die Gleichschaltung des Vereins“ mit 2/3-Mehrheit. Widerspruchslos übernahm der Verein das verordnete „Führerprinzip“ und fügte nach anfänglichem Sträuben auch den „Arier-Paragrafen“ in die Satzung ein. Doch alle Botmäßigkeit den neuen Herren gegenüber nutzte nichts: da dem Nationalsozialismus mit seinem Prinzip „Ein Reich – ein Volk – ein Führer“ die Bürgervereine als Organisationsform nur eines Teils der Bevölkerung nicht genehm waren, wurde die kommunale Arbeit immer weiter eingeschränkt. 1937 wurde sie schließlich ganz unterbunden, indem „der schriftliche Verkehr mit Behörden und Dienststellen nicht gewünscht wird“. Infolgedessen häuften sich die Austritte, schließlich gab es für die noch verbliebenen ca. 50 Mitglieder offensichtlich überhaupt keine Sonderveranstaltungen mehr, die jahrzehntelang das Vereinsleben mitgeprägt hatten. Selbst das für 1939 ursprünglich geplante 50jährige Stiftungsfest wird nicht wieder erwähnt, hat also offensichtlich nicht stattgefunden. Das Protokollbuch, das bis dahin die immer seltener stattfindenden Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen mit oft weniger als zehn Teilnehmern penibel dokumentiert hatte, weist seit dem Juli 1941 nur noch leere Seiten auf.

Neben dem Protokollbuch existierten seit der Gründung des Vereins Ordner, in denen unter dem Titel ‚Allgemeiner Schriftverkehr‘ Notizen, Korrespondenzen sowie Texte von Eingaben an Behörden und deren Antworten abgeheftet waren. Sie sind oft sehr viel aufschlussreicher als die nüchterne Sprache der Protokolle. Der letzte dieser Ordner vor dem 2. Weltkrieg umfasst die Jahre 1919 – 1932 - hier hat offensichtlich jemand nach 1945 für eine „Säuberung“ gesorgt, denn der nächste Ordner in dieser Reihe beginnt 1948.

Der Wiederanfang nach 1945 gestaltete sich mühsam. Die Menschen hatten zunächst alle Hände voll zu tun, um das nackte Überleben zu sichern. Zudem war zumindest der Vorstand diskreditiert: in der ersten - von fünf Teilnehmern - besuchten Mitgliederversammlung Anfang September 1948 erklärte der seit 1938 amtierende Vorsitzende Wandel seinen Rücktritt aus Krankheitsgründen, auch weitere Namen früherer Vorstandsmitglieder tauchen in den späteren Protokollen nicht mehr auf.

Neuanfang

Der Regierungsamtmann a.D. Wilhelm Bähr rechnet in einer Versammlung am 15. Oktober 1948 mit dem bisherigen Vorstand ab, dem er akademische Arroganz und „Vereinsmeierei“ vorwirft - der Nationalsozialismus wird nur kurz als „Feind des Vereinslebens“ erwähnt. Er sieht die Mitglieder vor den Trümmern der Kriegs- und Nachkriegsjahre stehen, hält aber eine „Wiederaufrichtung des Vereins“ für notwendig, dem er als Aufgaben die Befassung mit kommunalen Angelegenheiten - zunächst „Verkehrsfragen, Straßen- und Wohnungsbauprojekte und dergl. Dinge“ -, aber auch die Pflege „kultureller Bestrebungen“ zuweist. Wilhelm Bähr wird daraufhin zum Vorsitzenden gewählt und leitet in diesem Sinne den Kommunal-Verein bis 1953. Bereits auf der nächsten Versammlung, am 20. Oktober, setzt der Verein seine Vorgaben um und beschließt zwei Eingaben an die Gesundheitsbehörde wegen der Rattenplage und an die Verkehrsbehörde wegen der Verkehrsregelung Klotzenmoor / Borsteler Chaussee sowie die Vorbereitung einer Kunstaussstellung mit Bildern Groß Borsteler Maler. Wilhelm Bähr ist es auch zu verdanken, dass der nur von 1919 bis 1922 erschienene und dann aus finanziellen Gründen eingestellte ´´Borsteler Bote`´ wiederbelebt wird. Im Zusammenhang mit dem 60jährigen Stiftungsfest des Vereins im Oktober 1949 erscheint die erste Nachkriegsausgabe mit drei hektographierten DIN A 4-Blättern nur für die

Mitglieder, bereits die zwei Monate später erscheinende dritte Ausgabe in DIN A 5 ist gedruckt, umfasst 8 Seiten - davon drei Seiten Anzeigen, mit denen sie finanziert wird - und wird kostenlos in einer Auflage von 3.000 Exemplaren in die Borsteler Häuser geliefert.

Die jetzt folgenden 65 Jahre in der Geschichte des Kommunal-Vereins sind geprägt von den 1948/49 geschaffenen Strukturen und der ständigen Befassung mit diesen bereits 1948 vorgegebenen Themen in immer wieder neuen Ausprägungen und Facetten.

Wohnungsbau

Angesichts der durch die Aufnahme von Ausgebombten und Flüchtlingen sprunghaft angestiegenen Bevölkerung von ca. 5.000 Einwohnern im Jahr 1939 auf bis zu 20.000 unmittelbar nach Kriegsende, die vorwiegend in drei Wohnlagern untergebracht worden waren oder sich behelfsmäßig in ausgebauten Gartenlauben einrichteten, war das größte Thema des Kommunal-Vereins für mehrere Jahre vorwiegend der Bau von Wohnungen. Zunächst entstanden im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus im Bereich Stutzenkamp (siehe Bildbeilage Foto Nr. 12) eingeschossige Reihenhäuser mit Kleinstwohnungen, später akzeptierte der Kommunal-Verein bei der SAGA-Siedlung auch einige vier- bis fünfgeschossige Bauten, obwohl diese nicht in das bisherige Ortsbild Groß Borstels passten (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 13). Als dann aber 1960 Planungen für den Bau von fünf neunstöckigen Hochhäusern am Klotzenmoor bekannt wurden, setzte sich der Verein an die Spitze einer Protestwelle, die ihre besondere Dynamik dadurch erhielt, dass die Groß Borsteler von der Planung überrascht wurden – es war von Bevormundung und Behördenwillkür die Rede. (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August 2014 Foto Nr. 14) Nach schwierigen Verhandlungen mit den Behörden wurde Ende 1962 ein Kompromiss erreicht, der die Zahl der Hochhäuser auf drei reduzierte.

Als durch eine Umkehrung der Bevölkerungsentwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit die Zahl der Bewohner in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends auf weniger als 8.000 sank und mit einem weiteren Absinken ein Aussterben des Einzelhandels drohte, forderte eine vom Kommunal-Verein initiierte Planungskonferenz im Juni 2010 den Bau von Wohnungen für etwa 1.000 neue Einwohner. Die vom Bezirk vorgeschlagenen Maßnahmen zur Binnenverdichtung, d.h. eine zusätzliche Bebauung großer Grundstücke, scheiterte in den Folgejahren am Widerstand der Grundbesitzer. Das parallel entwickelte Großprojekt ‚Tarpembek Greens‘ auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs mit etwa 750 Wohnungen, was mindestens 2.000 Neu-Groß Borsteler bedeutet, erscheint dem Kommunal-Verein überdimensioniert und für den Stadtteil bei 25 % Bevölkerungswachstum in kurzer Zeit wenig oder kaum sozialverträglich. 625 Einwendungen gegen den dennoch im April von der Bezirksversammlung verabschiedeten Bebauungsplan Groß Borstel 25 sowie die Gründung einer ‚Anwohnerinitiative‘ sprechen eine deutliche Sprache.

Straßenverkehr

Der umfassendste Themenkomplex, mit dem sich der Kommunal-Verein gleichsam dauernd zu beschäftigen hatte, war der Verkehr, insbesondere der Straßenbau. Ein gutes Beispiel dafür, wie zeitverhaftet auch die Positionen des Vereins sein konnten, bietet der Ausbau der Borsteler Chaussee. Offenbar angetan von der Idee der „autogerechten Stadt“, die in den 50er und 60er Jahren breite Schneisen durch die Stadtlandschaft schlug, sprach sich der Verein 1964 für einen vierspurigen Ausbau aus. Dass dafür die prächtige Lindenallee (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 15) aufgegeben werden musste, führte bei vielen Einwohnern zu heftigen Protesten, schien aber unvermeidlich. Die städtischen Finanzmittel reichten aber nur für einen zweispurigen Ausbau und so feierte man bei der Einweihung 1968 die kahlgewordene Borsteler Chaussee mit den beiden breiten Spuren. (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 16)

Ein Kuriosum am Rande: wegen des schlechten Zustandes der Straße musste die Borsteler Chaussee vom Sommer 1967 bis zur Freigabe nach dem Ausbau im November

1968 als Tempo-30-Strecke eingerichtet werden - ein heutiger Wunsch vieler Groß Borsteler.

Wie schnell die Stimmung im Stadtteil umgeschlagen war, zeigte sich bereits einige Jahre später, als 1971 ein geheimer Plan bekannt wurde, im Hinblick auf die Segelwettbewerbe der Olympischen Spiele 1972 quer durch Groß Borstel (über Borsteler Chaussee, Stavenhagenstraße, Niendorfer Weg, Groß Borsteler Straße) einen Zubringer zur Autobahn nach Kiel zu bauen, sozusagen eine provisorische Umleitung, weil der Bau des Elbtunnels sich verzögerte. An die Spitze des sogleich losbrechenden Proteststurms setzten sich Kommunal-Verein, Kirchengemeine St. Peter und die Schulen des Stadtteils. Zum ersten Mal in der Geschichte des Stadtteils bildete sich eine Bürgerinitiative mit dem schlichten Namen ‚Bürgerinitiative Groß Borstel‘, die erstmals den Ausbau der Straße Nedderfeld, die vorwiegend von Gewerbeflächen umsäumt wurde, forderte – ein bis heute immer wieder vorgebrachter dringender Wunsch Groß Borstels. Der Eingaben-Ausschuss der Bürgerschaft erhielt in kurzer Zeit 2.600 Protestschreiben. Nach zähen Verhandlungen mit der Baubehörde, an der sich auch der Kommunal-Verein beteiligte, wurde im März 1972 der Plan zu den Akten gelegt. Fast zeitgleich gab es Planungen für eine Stadtautobahn zwischen Rosenbrook und Eidelstedt auf dem Gelände von Tarpenbek und -Wanderweg. Erneute Proteste vieler Borsteler Institutionen führten dazu, dass in dem Ende 1973 per Gesetz geänderten Flächennutzungsplan der Verzicht auf diese und weitere Stadtautobahnen festgeschrieben wurde, wozu der Zentralausschuss der Hamburger Bürgervereine dem Kommunal-Verein gratulierte.

Durchbau Papenreye

Bis Anfang der 80er Jahre sind die Groß Borsteler und mit ihnen der Kommunal-Verein weitgehend geschlossen aufgetreten. Dass sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Mitgliedern des Vereins durchaus konträre Positionen auftreten können, die einer Spaltung gefährlich nahekommen, dafür liefern ein gutes Beispiel die Auseinandersetzungen um den Durchbau der Papenreye (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 17) über die Tarpenbek hinweg mit Anschluss an Spreenende und Borsteler Chaussee. In den heftigen Diskussionen fokussierten sich die Meinungen seit 1982 in gleich zwei Bürgerinitiativen: die ‚Bürgerinitiative Wohnort Groß Borstel‘, die vom Kommunal-Verein unterstützt wurde, forderte zur Entlastung Groß Borstels vom Durchgangsverkehr den Ausbau des Nedderfelds, die ‚Bürgerinitiative Weiterbau Papenreye‘ wurde getragen von Anwohnern der schmalen Wohnstraßen (siehe oben), durch die sich täglich der Schleich- und Durchgangsverkehr quälte.

Die Gründung von Bürgerinitiativen erweist sich seit den 70er Jahren als probates Mittel bei kommunalpolitischen Auseinandersetzungen: in ihnen sammeln sich Mitbürger, die konzentriert ein einziges Thema mit einem erworbenen vertieften Sachverstand bearbeiten, während der Kommunal-Verein notgedrungen ein breiteres Spektrum von Themen abdecken muss, auch wenn er durchaus mit der einen oder anderen Bürgerinitiative sympathisiert.

Der Fall Papenreye geriet dann auch noch ‚zwischen die Räder‘ der Bezirkspolitik, denn Hamburg-Nord favorisierte den Ausbau der Gewerbestraße Nedderfeld als Verbindung zwischen Kollaustraße und Ring 2, während Hamburg-Eimsbüttel für den Ausbau der Papenreye votierte. Nach endlos erscheinenden Diskussionen wurde schließlich der Durchbau der Papenreye beschlossen. Mit seiner Fertigstellung 1994 (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 18) wurden einige verkehrslenkende und -beruhigende Maßnahmen in Gang gesetzt, die sich in den Folgejahren zum Teil realisieren ließen.

Flughafen „Airport Hamburg“

Neben der Straße spielten auch die Verkehrsträger Schiene und Luft (Flughafen) eine wichtige Rolle für die kommunalpolitischen Aktivitäten des Vereins. Die Faktoren Lärm und Geruch auf der einen Seite waren unangenehme Begleiterscheinungen eines sich immer stärker ausweitenden Luftverkehrs, der einherging mit erheblichen Verlusten von Groß Borsteler Gebiet, z.B. bei den Kleingartenflächen – die Ausdehnung der Lufthansa

Technik auf das Gebiet des Borsteler Jägers konnte nur knapp verhindert werden. Auf der anderen Seite berücksichtigt der Kommunal-Verein bei seiner Positionsbestimmung durchaus auch gesamtstädtische Interessen im Hinblick auf Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Hauptärgernis ist die Belastung der Anwohner durch Lärm und Abgase, insofern war es nur konsequent, dass der Kommunal-Verein 1988 zu den Gründungsmitgliedern der BIG Fluglärm (‚Bürger-Initiativen gegen Fluglärm Hamburg e.V.‘) gehörte. In den Folgejahren hat sich am und um den Flughafen einiges getan durch Lärmschutzprogramme und die technischen Entwicklungen zugunsten von Lärm- und Umweltschutz. Dank der anwohnerorientierten Informationspolitik von Hamburg Airport befindet sich der Verein in ständigem Kontakt mit dem Flughafen (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 19). Hier kommt auch wieder das Thema Verkehr zum Tragen. Der Bau eines neuen Luftfrachtzentrums am Weg beim Jäger hat Befürchtungen wegen eines verstärkten Schwerlastverkehrs durch Groß Borstel beim Kommunal-Verein ausgelöst. Ob die von einem umfänglichen Gutachten untermauerte Behauptung, der Verkehr werde nur geringfügig zunehmen, sich später in der Realität als zutreffend erweisen wird, muss die Zukunft zeigen.

Güterumgehungsbahn

Mehrere Jahre lang kämpfte zunächst der Kommunal-Verein, dann eine aus ihm hervorgegangene Bürgerinitiative (IG Schienenlärm) für einen besseren Schutz der Borsteler Wohnbevölkerung vor dem Lärm der Güterumgehungsbahn, auf der künftig mehr und längere Züge verkehren sollen. Nach zähen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn errichtete diese auf mehreren Teilstrecken Lärmschutzwände für Groß Borstel. Eine von den Bürgern gewünschte Erhöhung der Wände von ursprünglich 1 bis 1,5 m auf durchgehend 2,5 m wurde zur Hälfte von den Anwohnern finanziert, die andere Hälfte trug die Stadt aus Steuermitteln. Offen ist zurzeit noch, ob es gelingen wird, für die Güterzüge eine Tempo-Reduzierung zu erreichen.

Stadtteilkultur

Entsprechend der Mahnung von Wilhelm Bähr aus dem Jahr 1948, neben der Befassung mit kommunalen Angelegenheiten wie Wohnungsbau und Verkehr auch die „kulturellen Bestrebungen zu pflegen“, stehen kulturelle Aspekte des Stadtteillebens zwar mitunter etwas im Schatten der großen Aufreger, werden aber ständig bearbeitet und entwickeln sich mitunter sogar zu den Stadtteil heftig bewegenden Großthemen.

Seit 1954 - also seit 60 Jahren - bietet der Kommunal-Verein im zweiten Teil der Mitgliederversammlungen kleine Konzerte, Vorträge, Lesungen und andere kulturelle Veranstaltungen an, auch gründete er, durchaus zeitgeist-orientiert, Theatergruppen (siehe Bildbeilage Foto Nr. 20), ein Singe- und ein Literaturkreis bestehen noch bis heute. (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 21) Seit 2007/08 findet im Herbst und Winter ein Kinder-Kultur-Programm (‚Kukuk‘) statt. Ein im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindender Jazz-Frühshoppen sowie die jährlichen Stadtteilstoffe sind im weitesten Sinne auch als kulturelle Veranstaltungen zu sehen.

Beträchtliche Energien mobilisierte im Kommunal-Verein und bei den Borsteler Bürgern der Kampf um den Erhalt des vom Abriss bedrohten Stavenhagenhauses, der nach mehreren Jahren 1962 endlich zum Erfolg führte: aus Lottomitteln wurde das für unbewohnbar erklärte Herrenhaus von Grund auf saniert und dient seitdem als Stadtteil-Kulturzentrum und Tagungsort des Kommunal-Vereins, der nach Jahrzehnten der Nutzung wechselnder Gaststätten endlich eine würdige Bleibe gefunden hatte.

Die beiden Großthemen, über die außerdem noch zu berichten ist, sind einmal der Kampf um den Erhalt der Öffentlichen Bücherhalle im Stavenhagenhaus, für den ganz Groß Borstel sich hinter dem Kommunal-Verein scharte, zum anderen die langjährigen Auseinandersetzungen um die Kriegsdenkmäler auf dem Licentiatenberg, die wieder einmal zur Spaltung der Einwohnerschaft führten, dann aber doch ein versöhnliches Ende fanden.

Bücherhallenschließung

Die Bücherhalle Groß Borstel ist hervorgegangen aus einer 1903 entstandenen „Gemeinde-Volksbücherei“ und seit 1913 vom Kommunal-Verein betreut worden. Sie wurde 1962 von der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhalle (HÖB) übernommen und im ersten Stock des gerade sanierten Stavenhagenhauses untergebracht und wirkte als geistiges Zentrum des Stadtteils. Sparpläne des Senats brachten sie 1983 erstmals ins Gerede. Kommunal-Verein und Bürger protestierten, der im Jahr darauf gegründete Literaturkreis des Vereins warb erfolgreich für eine verstärkte Buchausleihe und konnte so die drohende Schließung noch einmal abwenden. Im Zuge einer von der HÖB geplanten Umstrukturierung, die letztlich auf eine Zentralisierung hinauslief, wurde dann aber im März 1996 durch das Hamburger Abendblatt die Schließungsabsicht publik. (siehe Bildbeilage Foto Nr. 22) Ein aktionsreicher und phantasievoller Kampf für den Erhalt begann, bei dem vor allem die Bürgerinitiative ‚Bücherhalle Groß Borstel, ja bitte! e.V.‘ kräftig mitwirkte. Doch alles Engagement blieb vergeblich - am 30. April 1998 schloss die Bücherhalle Groß Borstel endgültig ihre Türen.

Kriegerdenkmal

Sehr viel kontroverser verliefen die Auseinandersetzungen um das 1922 vom Kommunal-Verein mit Hilfe von Spenden Groß Borsteler Bürger auf dem Licentiatenberg errichtete Kriegerdenkmal, (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 23) das - dem Geist breiter bürgerlicher Kreise nach dem verlorenen Weltkrieg verhaftet - den „Heldentod für das Vaterland“ feierte. Im Stadtteil begannen die Diskussionen zu Beginn der 90er Jahre und spalteten die Bewohner, was sich auch in den Berichten und Protokollen des Vereins widerspiegelte. Gegner des von ihnen als militaristisch-nationalistisch empfundenen Denkmals gründeten die Bürgerinitiative ‚Groß Borstel gegen Rechts‘ und setzten sich für eine kritische Auseinandersetzung in Form eines „Nachdenkmals“ ein, das mit dem Arbeitstitel ‚Schützengraben – Soldatengrab‘ eine andere Sichtweise von Krieg und Soldaten-Sterben vermitteln sollte. Der Kommunal-Verein, der sich Ende 1995 mit knappen Mehrheiten in Vorstand und Mitgliederversammlung gegen die Umgestaltung des Hügels ausgesprochen hatte, wollte beruhigend auf die teilweise sehr heftigen Debatten einwirken, indem er im Mai 1996 auf dem Licentiatenberg drei Gingkobäume pflanzen ließ, die seit Hiroshima als Symbole für die Hoffnung auf Erneuerung und Wachstum in Frieden gelten. Die schließlich nach langen Kontroversen auch in Presse und Politik erfolgte Realisierung des Schützengraben-Projektes wurde von manchen Misstönen bis hin zu einer Bombendrohung zur Einweihung am 8. Mai 1999 begleitet.

Einige Jahre blieb es, von gelegentlichem Vandalismus, der beide Denkmäler betraf, abgesehen, ruhig am Licentiatenberg. In den ersten Monaten des Jahres 2006 sorgte die Frage nach der Zukunft der Denkmäler auf dem Licentiatenberg erneut für Diskussionen. (siehe Bildbeilage Groß-Borsteler Bote Juli-/August Foto Nr. 24) Nachdem in dieser Frage eine Spaltung der Groß Borsteler Bevölkerung - wie seinerzeit bei der Errichtung des ‚Nachdenkmals‘ - vermieden werden konnte, entschieden sich auch die Teilnehmer einer öffentlichen Anhörung zweier Ausschüsse der Bezirksversammlung im Januar mit großer Mehrheit dafür, dem Vorschlag des Kommunal-Vereins, der Kirchengemeinde St. Peter und des Fördervereins Nachdenkmal zu folgen. Das im September 2005 wegen Einsturzgefahr abgebaute Kriegerdenkmal sollte nicht wieder aufgestellt und das damit funktionslos gewordene Nachdenkmal ebenfalls zurückgebaut werden. 2007 wurden die Reste des Kriegerdenkmals und das Nachdenkmal entfernt. Nach den vielen Jahren voller Aufregungen wachsen auf dem Licentiatenberg die drei Gingkobäume weiter und über die Standorte beider Denkmäler ist inzwischen tatsächlich und im übertragenen Sinne das Gras gewachsen.

Wolf Wieters